

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Zehnerstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50, monatlich 55 Pf. Postzusatz 10 Pf. 4 Wochen 2.00.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Zeitungsbeilage oder deren Raum 25 Pf., für die vierteljährliche Zeitungsbeilage oder deren Raum 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Preis für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgefordert werden.

Nr. 210.

Mittwoch, den 9. September 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Bete und arbeite!

Ueber ein ultramontanes Colorado wird unter dieser Stichmarke der „Münch. Post“ geschrieben:

Die Stadt Aachen im Westen der Rheinprovinz ist der Sitz einer sehr alten Industriehätigkeit. Textil- und Nadelabriken in der Stadt, Eisen-, Hütten- und Bergwerke in der Umgegend. Die kapitalistische Entwicklung hat Aachen und Umgegend in vollem Maße ergriffen und ein ausgebreitetes Proletariat geschaffen. Zugleich ist Aachen eine durchaus katholische Stadt; die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung befindet sich in ultramontanen Händen, und über allem, was in Aachen geschieht, waltet der Geist der „Konstantia“, der hierarchischen Klüngelgesellschaft. In Aachen hätten wir demnach ein musterhaftes Beispiel zur Unternehmung, wie der Hierarchismus seiner von ihm selber so gerühmten Aufgabe, für das Loos der Armen und Schwachen zu sorgen, gerecht zu werden vermag oder gewillt ist.

Auf der ersten Katholikenversammlung in Mainz, also im Jahre 1848 schon, rühmte der Vertreter von Aachen, der Advokat-Anwalt Lingenß, der spätere Zentrum-Abgeordnete, den ebenso frommen wie sozialen Sinn seiner Vaterstadt:

„Als eine Eigenthümlichkeit unseres Vereins hebe ich hervor, daß wir von vornherein neben der kirchlichen auch die politische und soziale Wirksamkeit in unseren Bereich zogen. Insbesondere die soziale Frage ist ja die große Aufgabe der Gegenwart und das Feld, auf dem der Katholizismus ohne Zweifel in der nächsten Zeit seine Triumphe feiern wird. Aachen ist eine katholische Stadt, von einem gläubigen, sorglich frommen Volke bewohnt; man braucht nur unsere Kirchen zu besuchen, um sich davon zu überzeugen. Ein noch schönerer Beweis aber sind die wohlthätigen Anstalten und Vereine.“

In der That galt die Aachener Bevölkerung von jeher bis auf den heutigen Tag als sehr fromm. Auf einem der folgenden Katholikentage, dem von Linz im Jahre 1851, hob das ein anderer Redner von Aachen, der Bibliothekar Laurent, hervor. Er sah den Grund dafür in dem Beispiel, das die barmherzigen Schwestern geben, und sagte u. A.:

„Ich will Ihnen nur Eins anführen. Unter den Fabrikarbeiterinnen, die mit ihrer Hände Arbeit vom frühen Morgen bis zum Abend sich einen kümmerlichen Lebensunterhalt verdienen, giebt es einige, die die Mittagsstunde, die einzige ihnen zur Ruhe und Nahrung vergönnte Zeit, dazu verwenden, den Kranken ihre Suppen aus den Krankentüchern zu holen, ihnen ihre Stuben zu reinigen und jede in der Eile nur ausführbare Pflege zu gewähren.“

Und von Arbeitern erzählt der Redner:

„Viele, sehr viele unter ihnen unterlassen keinen Tag, dem heiligen Messopfer vor Beginn der Arbeit um 5 Uhr Morgens beizuwohnen; wie oft stehen sie schon an den Thüren des Gotteshauses harrend, bis dieselben geöffnet werden, obgleich sie von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr und manchmal bis 10 Uhr Abends arbeiten müssen. Ich kenne darunter welche, die in 20 Jahren nicht einen Tag, es sei denn wegen Krankheit, dem heiligen Messopfer beizuwohnen versäumt. Viele von ihnen gehen regelmäßig wenigstens einmal im Monat zum Tische des Herrn, und würden sich öfter demselben nahen, wenn ihnen nach getragener Arbeitslast zum Beichten noch Gelegenheit gegeben wäre.“

Der amtliche Bericht des Linzer Katholikentages erwähnt hierbei:

„Der verehrte Redner, schon während des Vortrages die ganze Versammlung zu wiederholten Malen zu lautem Beifall hinreichend, verließ die Tribüne unter einem wahren Beifallssturm.“

Weder der Redner, noch einer seiner Nachfolger, noch der Bericht findet an den schweißigen Zuständen, namentlich an der überlangen Arbeitszeit irgend etwas auffälliges. Keim Wort der Kritik wird laut, kein Schrei der Entrüstung geht durch die Versammlung, als da verklündet wird, daß die Aachener Arbeiter von 6 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends schuften müssen; kein Ausdruck des Mitleids oder der Bewunderung, daß sie die lang bemessene Ruhezeit noch um eine Stunde kürzen, um bei hungerndem und frierendem Leibe an der Kirchenthüre auf den Beginn der Messe zu warten. Im Gegentheil: Heller Jubel und donnernder Beifall, als man vernimmt, wie weit es der Mensch in der Selbsterhaltung, in dem Verzicht auf alles, was ihn von der Arbeits- und Betriebsmaschine unterscheidet, bringen kann. Das ist christ-

liche Arbeiterfürsorge. Ruhe und Erholung, Bildung, Zerstreuung und Genuß — das ist nach hierarchischer Anschauung überflüssig für den Arbeiter; ja es ist gefährlich, denn es macht unbeschäftigt, unzufrieden, führt ab vom Glauben und hin zur Sozialdemokratie. Darum: Bete und arbeite — was darüber ist, das ist vom Hebel!

Aber der Aachener Arbeiter war nicht nur außer der Arbeit ein sehr frommes Wesen, er gedachte seines Gottes auch bei der Arbeit, am Webstuhl und an der Nadelstampe. Auf dem Katholikentage in Würzburg, der im Jahre 1864 stattfand, trat Herr Lingenß in dringlichen Worten für die Pflege des häuslichen Gebetes ein: „Es erhebt, es erfrischt auch die Diensthöfen in den Bürgerhäusern, es schließt sie inniger der Herrschaft an, ja es trägt mächtig dazu bei, ein wahres Familienband zu knüpfen.“ Weiter empfahl er den Industriellen, den Fabrikanten, den Handwerkern und Meistern, das gemeinsame Gebet in den Werkstätten zu pflegen: „Wir sind so glücklich in Aachen, in einer alten katholischen Stadt, davon reden zu können, welchen Eindruck es macht, wenn in den großen Ateliers der Industrie, in den Räumen der Fabriken die Männer und Frauen nachmittags den Rosenkranz gemeinsam beten, das schallt, das hallt wieder durch die ganzen Räume. Versuchen Sie es nur, das sind gewiß nicht schlechte Arbeiter in solchen Fabriken, von solchen Arbeitern werden auch die Interessen der Fabrikanten am besten wahrgenommen.“

Wie man sieht, haben die hierarchischen Arbeiterfreunde von jeher gewußt, wieviel ihnen die Frömmigkeit der „braven christlichen Arbeiter“ werth ist.

Man hätte nun erwarten dürfen, daß den Aachener Arbeitern für ihre fromme Gesinnung auch der gebührende Lohn geworden wäre, denn bekanntlich giebt die christliche Gesinnung die Gewähr himmlischen und irdischen Wohlergehens. Aber davon hören wir nichts. Im Gegentheil. Der im Jahre 1853 für Aachen eingesetzte Fabrikinspektor Piper hatte seine ewige Noth, um gegen den Bund von Stadtbehörde, Unternehmertum und Hierarchie die Durchführung der damals noch außerordentlich geringfügigen, sich nur auf die Kinder beziehenden Schutzbestimmungen zu erzwingen. Die Wirksamkeit dieses Mannes war ein Martyrium, dem er schließlich erlag, um in Krankheit und Noth und bei einer königlichen Pension von 100 Reichsthalern zu enden!

Auch die Aachener Arbeiter kamen einmal zur Besinnung. Sie fanden in den sechziger Jahren in einem feurigen und thatkräftigen Geistlichen, dem Kaplan Cronenberg, einen Führer und Anwalt; am Niederrhein entstand mit Aachen als Mittelpunkt eine gegen den hierarchischen Klüngel gerichtete christlich-soziale Bewegung. Aber wie den Fabrikinspektor Piper, so wußten die mit der Geistlichkeit verbündeten Unternehmer auch diesen Freund der Arbeiter zu fällen; Cronenberg wurde beim Bischof verklagt, mit seiner Genossenschaft „Paulushaus“ finanziell ruiniert und schließlich auf eine gemeine Denunziation hin ins Gefängniß gebracht. Die christlich-soziale Bewegung in Aachen war todt.

Seitdem ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Die Aachener Arbeiter haben weiter gehofft, gedurft und gehungert, sie haben gebetet und gearbeitet und dabei gewartet auf den Lohn, der christlich-frommer Gesinnung zugesichert ist. Und was haben sie erreicht?

Vor einigen Jahren klagte der Bericht einer Aachener Ortskrankenkasse über die hohe Zahl der Krankheitsfälle. Den Grund davon sah der Bericht in der schlechten Ernährung der Arbeiterbevölkerung in Aachen, die vorzugsweise von Brod und Kartoffeln lebe.

Als ebenfalls vor einigen Jahren die christlichen Arbeitervereine Aachens an die städtische Verwaltung und Vertretung das Ersuchen richteten, die kommunale Fleischsteuer aufzuheben, da fand der hierarchische Oberbürgermeister dieses Begehren sehr sonderbar, da ja, wie er in der Sitzung der Stadtverordneten meinte, die Arbeiter von Aachen doch nicht in die Lage kämen, Fleisch zu essen.

Und noch nicht ein Jahr ist es her, da führte der Abgeordnete von Aachen, Herr Sittart, in einer dorthigen Versammlung aus: „Der Fleischkonsum ist in Aachen bedeutend geringer als in anderen großen Städten. Und auf die ungenügende Ernährung ist es wohl zurückzuführen, daß die Bevölkerung Aachens, jung und alt, eine ganz hervorragende Schlappheit aufweist.“

Das die materielle Lage der Aachener Arbeiter, die geregelt ist nach dem christlichen Grundsatz: Bete und arbeite, ob du dabei hungerst, kümmert die nicht, die in Ueberflusse leben. Und dem Maß der materiellen Fürsorge entspricht in Aachen das Maß der politischen Rechte, das die hierarchischen Volkstheorien den Arbeitern zubilligen. Vor kurzem kam das christliche Gewerkschaftskartell bei der städtischen Leitung um Herabsetzung des kommunalen Wahlzensus ein, der in seiner jetzigen Norm und bei der geringen Entlohnung der dortigen Arbeiter diese bis auf einen geringen Theil von der Wahlberechtigung ausschließt. Der hierarchische Oberbürgermeister beantragte namens des Finanzausschusses

Ablehnung des Antrages und so geschah es, weil von den 23 anwesenden hierarchischen Stadtverordneten 6 mit den 14 Liberalen stimmten, einer sich der Stimme enthielt und ein anderer sich vor der Abstimmung drückte!

Die Aachener Arbeiter mögen beten und arbeiten, politisch haben sie nicht mitzureden. Und es darf unter solchen Umständen nicht wundern, wenn die sittliche Haltung der Bevölkerung in Aachen die denkbar schlechteste ist. Bei dem erfolgreichen Bemühen der maßgebenden Stellen, jeden geistig freieren Hauch von den Massen fernzuhalten, bleibt der Alkoholismus, die Schnapsflasche, als einziger „Genuß“. Aber was bedeutet materielles Wohlbefinden, politische Regsamkeit und sittliches Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Erfüllung der nach hierarchischer Anschauung höchsten Forderung: Bete und arbeite!

Die sozialen Kämpfe in Rußland.

In der „Schwäbischen Tagwacht“, unserem Stuttgarter Parteiorgan, versucht ein russischer Genosse ein einigermaßen klares und übersichtliches Bild der großen Arbeiterbewegung zu geben, die während der letzten Wochen fast alle größeren Städte Südwestrußlands ergriffen und in bisher ungeahnter Großartigkeit die Macht und den Muth der russischen Arbeiter gezeigt hat.

Es ist ziemlich schwer, so schreibt er, bei der mangelhaften Verbindung zwischen den einzelnen Zentren ein Gesamtbild darzulegen; trotzdem lassen sich eine Menge Analogien im Verlaufe der einzelnen Bewegungen feststellen. Da ja wohl die Einzelheiten aus früheren Berichten bekannt sein dürften, will ich nicht so sehr darauf eingehen zu schildern, als zu vergleichen. Wladiwostok, Tiflis, Batum, Nikolajew, Selsk-Jawetgrad, Riew, Odeffa — eine Stadt nach der anderen hat in wenigen Tagen das grandiose Schauspiel der vollen Entfaltung der Arbeitermacht erlebt. Ueberall war die Arbeiterbewegung eine spontane; eine Fachgruppe, die den Streik begonnen hatte, durchzog die Stadt und forderte die Kameraden jeder Fabrik zum Einstellen der Arbeit auf — und mit freudigen Zurufen schlossen sich die anderen dem Zuge an. Manche hatten gar keine bestimmten Forderungen; sie streikten, „weil alle streikten“. Jeder Unterschied war vergessen, ging auf in der Solidarität der Arbeitenden. Organisirte und Nichtorganisirte zogen miteinander, über allen lag eine unbeschreiblich gehobene und frohe Stimmung; heitere, freundliche Zurufe wurden mit dem Publikum ausgetauscht und so durchströmten Zehntausende die Stadt. Dabei wußte aber mehr als die Hälfte nicht, was sie eigentlich wollten, denn mehr als die Hälfte waren Nichtorganisirte.

Dann begannen Versammlungen, Redner traten auf — und von dem Moment an hörte das einige Vorgehen auf. Die Organisirten betonten ihre Forderungen, politische Freiheit stand an der Spitze; die anderen wollten von politischen Forderungen nichts wissen und sich nur an die wirtschaftlichen Forderungen halten und meinten wohl auch, daß die Regierung sie bei einem rein wirtschaftlichen Kampfe unterstützen würde. Das war die zweite Phase der Bewegung. Unterdessen stand alles still, in der ganzen Stadt drehte sich kein Maschinenrad, keine Tramway, keine Stadtbahn fuhr, vielfach wurde auch die Beleuchtung unterbrochen, die Zeitungen erschienen nicht, die Eisenbahnzüge konnten nicht abgehen, Brod und Fleisch vertheuertem um das Dreifache. Und nun begann die dritte Phase — das Militär trat in Aktion. Dabei muß bemerkt werden, daß überall die Soldaten so viel als möglich schonten; viele schossen in die Luft, es kam vor, daß ein Offizier trotz erhaltenen Befehls sich weigerte, seine Kompanie gegen die Menge vorzurücken zu lassen. Dafür aber wütheten die Kosaken wie immer in bestialischer Weise, besonders in Odeffa, wo allerdings vorher reichlich Schnaps an sie vertheilt worden war, und zwar vom Direktor der Tramwaygesellschaft, Leode, der um jeden Preis — man spricht von 20 000 Rubel, die an einflussreiche Beamte vertheilt worden sein sollen — die Wiederaufnahme der Arbeit erreichen wollte, weil sonst seine Gesellschaft die Tramway verlieren würde. Die Arbeiter zeigten wahre Todesverachtung, viele sind gefallen, mehr noch schwer verwundet; aber die bewaffnete Macht behielt schließlich doch die Oberhand. Und nach einigen Tagen wurde die Arbeit wieder aufgenommen; hie und da waren Forderungen bewilligt worden, vielfach waren die schweren Arbeitsbedingungen dieselben geblieben.

Im ersten Augenblick möchte man dennoch glauben, daß für die Arbeiterbewegung durch diese Ereignisse nichts gewonnen sei, ja daß sogar ein Verlust an moralischer Energie wahrscheinlich sei. Bei einiger Ueberlegung sieht man aber die ganze Sache in einem andern Lichte. Vor allem muß beachtet werden, daß sich die Trauer und Niedergeschlagenheit der Arbeiter bei der Rückkehr in das alte Joch in Jura und Empörung gegen die Unternehmer verwandelt muß, die dann beim nächsten Anlaß um so heller emporlodern wird. Und wer kann bei dem Sturm, der jetzt als Vorbote des drohenden nahen Gewitters durch Rußland fegt, sagen, ob der nächste Anlaß nicht bald da sein wird? Kommt es aber zu

einem neuen Ausbruch, dann werden die Verhältnisse sich wohl anders gestalten; und das ist der große Gewinn des Kampfes: die Nichtorganisierten haben vor allem eingesehen, daß sie von der Regierung nichts zu erwarten haben als Kojakentanten und Kugeln, aber auch das haben sie gesehen, daß bei den jetzigen russischen Verhältnissen eine Arbeiterbewegung auf rein wirtschaftlicher Grundlage unmöglich ist. In ihrer Hoffnung auf die Regierung getäuscht, von der Haltlosigkeit ihrer bisherigen Bestrebungen überzeugt, werden sie jetzt günstigen Boden für die sozialistische Propaganda, für den Anschluß an die Organisation bieten und so für den nächsten Kampf besser gerüstet sein. Und die Regierung, der wachsenden Bewegung gegenüber machtlos, giebt Erlässe über Gelasse heraus, ihre sicherste Stütze, das Militär, beginnt zu wanken, und zitternd sucht sie die Angst durch neue Greuelthaten zu betäuben. Aber die Angst läßt sich nicht betäuben, die Angst vor der Organisation der Arbeiter; die Organisation erstarkt und wird mächtig — und die Organisation wird siegen.

Politische Stunden.

Deutschland.

Das amtliche Wahlergebnis im Wahlkreis Dessau-Zerbst ist folgendes. Es erhielten: Käßler (SD.) 12 715, Schrader (Bd.) 11 083 und Schirmer (B. d. L.) 3 494 Stimmen. Bei der Hauptwahl am 16. Juni erhielten Käßler 12 268, Köfide 11 416 und Dr. Rohde (M.) 5 704. Am 16. Juni standen unserem Genossen 17 120 geneigte Stimmen gegenüber. Während wir am 3. September 447 Stimmen gewonnen haben, verloren die Gegner 2 523 Stimmen. Bei der Stichwahl am 25. Juni erhielt Köfide 16 211 und Käßler 12 919 Stimmen. Also 909 Wähler der geneigten Parteien stimmten nicht für Köfide, während unsere Genossen 651 Stimmen gewannen. Tritt dasselbe Verhältnis wieder ein, dann würde Käßler bei der am 11. September stattfindenden Stichwahl 13 366 und Schrader 13 663 Stimmen erhalten. Da anzunehmen ist, daß die Gegner sich in demselben Verhältnis auf Schrader einigen werden, wie sie sich am 25. Juni zusammengesunden haben, so wird es großer Anstrengungen seitens unserer Genossen bedürfen, wenn sie den Kreis erobern wollen. Sie müssen in den wenigen Tagen 303 Stimmen mehr erobern, als sie am 25. Juni zur Stichwahl erhoben haben.

Der Tabak als Steuerquelle. An den Wechsel in der Leitung des Reichsschatzamtis hat sich in der Presse eine ausgedehnte Erörterung über die Reichsfinanzreform und die Ansichten auf eine stärkere Belastung des Tabaks geknüpft. Dazu schreibt die „Vf. Kor.“, das Parteiorgan der Freisinnigen Vereinigung, folgendes: Offenbar herrscht noch immer in denjenigen politischen Kreisen, die eine neue Tabaksteuer vorlage kaum noch erwarten können — auch Fürst Bismarck war bekanntlich in dieser Beziehung so ungeduldig, daß er einmal erklärte, er könne den Zeitpunkt nicht erwarten, wo der Tabak steuerpolitisch kräftiger angefaßt würde — eine übertriebene Vorstellung von der unerschöpflichen Goldquelle, die angeblich der Tabak für die Finanzen des Reiches darstelle. Zunächst befindet sich das Tabakgewerbe schon seit Jahren in einer andauernd ungünstigen Lage und die Ansichten auf Besserung sind noch sehr wenig greifbar. Wohl aber müssen Besserungen oder gar positive Neubelastungen bezw. Heimmungen der Ertragsleistungen des Objekts für das Reich dauernd schwächen. Die Finanzkandidaten sind in ihrer großen Mehrheit ohnehin darüber einig, daß der Tabak, wie immer man ihn steuerpolitisch ansahe, dem Finanzbedarf gegenüber schwerlich mehr als ein gutes Trinkgeld abwerfen kann. „Ber.“ bemerkt hierzu das Organ des Bundes der Landwirthe, die Bestrebungen, welche auf eine solche Herabsetzung des Gleichgewichts in den Finanzen abzielen, näher verfolgt hat, wird wissen, daß die künftigen Handelsverträge für sie ganz anders mißsprechen, als augenblicklich zu erkennen ist. Das Thema steht heute im Hintergrunde, — die Regierung hat ihren keineswegs unberechtigten Stand, daß jedes Drängen nur schade, der öffentlichen Meinung zur Richtschnur gemacht. Den realen Dingen wird aber auch durch die Tabak sein anderer Wert verliehen, als sie besitzen, und so würde die Kubik „Tabak“ künftig ein außerordentliches Kapital im Reichshaushalt sein, wenn man nicht bei guter Zeit davon Abstand nimmt, ihm die Eigenschaften einer unerschöpflichen Goldquelle zuzuschreiben. Sie ist dem hoch freisinnigen Kreise nicht verziehen.

Eine ganz vernünftige Ansicht über die Reform der Arbeiterversicherung bringt die „Kreuzzeit.“. Sie schreibt: „Es ist eine engere Angliederung, wenn nicht organische Verschmelzung der drei Zweige unserer Arbeiterversicherung, insbesondere im Hinblick auf die noch in jeder Beziehung abseits stehende Krankenversicherung, immer mehr zu einem unauflöslichen Ganzen verbunden worden. Das den letzten Punkt betrifft, so wird, wie ein treffendes Beispiel aus der Gegenwart heranzuziehen, niemand jenseits begriffen haben, warum die bei Ausübung ihrer Berufstätigkeit durch die sogenannte Krankenkasse, arbeitensfähig und zum Teil inwände gewordene Bergleute nach Ablauf der Krankenkassenzugehörigkeit in besten Falle mit der geringen Zusatzrente von etwa 15 Mk. monatlich abgefunden werden sollte, nur, weil das Einbringen der Krankheitsrenten in ihren Körper nicht möglich, sondern allmählich erfolgt, während ihre Berufsgenossen, die glücklicher waren und, sagen wir, 3. K. durch völliges Entweichen ihrer Tätigkeit durch einen unglücklichen Betriebsfall erlitten, in den Besitz der vollen und feststehenden höheren Unfallrente gelangten. Solche Fälle können aber auch bei anderen Berufen vorkommen, die gegen die unverständlichen Unterstellungen eripat und zur Erhöhung der Rente oder ähnlichen Zwecken verwendet werden.“ — Der Grundgedanke wäre also, daß man jeden Arbeiter, wenn er erwerbsfähig ist, eine entsprechende Rente geben muß, damit, ab die Erwerbsfähigkeit durch Krankheit, Unfall oder Invalidität herbeigeführt ist. Der Gedanke ist nicht neu und unsere Genossen im Reichstage haben auf den Versuch gemacht, ihn zu verwirklichen. Jedoch hat sie aber auf den Widerstand der Kreuzzeitungsanhänger gestoßen. Sollten die Jücker sich heften, dann wäre es mit Jücker zu begeben. Aber die Jücker werden nicht. Sie würden die Selbstständigkeit der Krankenkassen vernichten. Denn was hat es für einen Sinn, von der abhängigen Krankenkasse zu sprechen? Jenseits...

und Unfallversicherung sind doch auch nicht verbunden. Ja selbst in der Unfallversicherung stehen die einzelnen Berufsgenossenschaften ohne inneres Band und die landwirtschaftliche Unfallversicherung steht ganz für sich. Die Vereinheitlichung der Versicherung setzt in erster Linie voraus, daß der Kreis der Versicherten für alle Versicherungsarten gleich gemacht wird, also die Landarbeiter und Diensthöten auch gegen Krankheit versichert werden. Ob man sich bald zu diesem Schritt entschließt, bleibt abzuwarten. Der Reichstag hat in einer Resolution die Ausdehnung bereits verlangt.

Die große Säge hat im letzten Halbjahr wieder ganz gewaltig im deutschen Offizierkorps gewüthet. Während dieser Zeit sind nicht weniger als 44 Generale und 32 Obersten sowie Oberstleutnants aus der Armee geschieden, davon ist aber nur ein einziger durch den Tod dahingerafft worden; die übrigen hat sämtlich der bekannte blaue Brief ereilt. Für die Steuerzahler ist diese Nachricht um so unerfreulicher, weil sie es ganz allein sind, die die Pensionen für diese meist noch im rüstigsten Lebensalter stehenden und aus meist wichtigen Gründen verabschiedeten Offiziere aufzubringen haben.

Die Hinrichtung des Tischlergesellen Detrouis, welche Freitag in Mainz stattfand, ist sicherlich weder ein Beweis für die Zweckmäßigkeit der Todesstrafe, noch das Zeichen eines hohen Standes unserer Kultur. Selbst den Anhängern dieser Straftat, meint die „Frankf. Ztg.“, dürfte sich vielleicht die Frage aufgedrängt haben, ob ein achtzehnjähriger, vom Leben noch nicht erzogener, seiner Pflicht gegen die Gesellschaft noch nicht inne gewordener, aber wohl der Besserung fähiger Mensch das geeignete Objekt sei, um den Segen der kriminalistischen Abschreckungs- und Vergeltungstheorie zu demonstrieren. Schaudert's uns bei jeder Mordthat, so schaudert uns auch bei einer solchen Exekution, welche der Staat an einem Jünglinge vollzieht, der noch nicht einmal das Alter der Großjährigkeit erlangt hat. Sentimentalität nimmt man die Empfindungen derer, welche ihre Stimme gegen eine so rauhe Gerechtigkeit erheben, und wahrlich nichts weniger als sentimental ist es, wenn das Schwert des Hentes die Köpfe unmündiger Leute fällt! Daß man aber gerade in dem Falle Detrouis richtiger die Besserungstheorie als jede andere angewendet hätte, lehrt der Vorgang deutlich. „Als Detrouis vor dem Fallbeil stand“ — lautet der Bericht — „betete er laut: O mein Gott, sieh herab auf deinen armen Sünder, erhöhe mein Flehen und verzeih mir meine Sünden! O mein Gott!“ Er bereute also, und sollte man nicht meinen, es wäre demnach eine der Justiz würdigere Aufgabe gewesen, den reumüthigen jungen Mann einer Straf- oder Besserungsanstalt zu übergeben, welche in ihm den guten Keim großgezogen und dem Verirrten zum Besitze seines besseren Selbst verholfen hätte? Wie sich die Todesstrafe, und zumal, wenn sie ein junges Leben vernichtet, mit den Geboten der Ethik vertrage, bleibt uns ein Räthsel. Der Akt der Mainzer Hinrichtung endlich ging in einer Weise vor sich, die den Abscheu gegen das Gewaltthame der Straftat nur steigern kann: „Man bot sich ein entsetzlicher Anblick: Das Beil durchschlug den Hals nicht ganz, so daß der Kopf am Körper hängen blieb.“ Niemand sage, daß so rohe Bilder des Schreckens volkserzieherisch zu wirken vermögen! Deshalb fort mit der Todesstrafe!

Das internationale Glühlampenkartell gescheitert. Der „Frankf. Zeitung“ wird gemeldet: In Berlin fanden seit mehreren Tagen Verhandlungen der internationalen Glühlampenkartells. Die Verhandlungen gestalteten sich jedoch so stürmisch, daß die Vertreter der großen Fabriken, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und Siemens & Halske Akt. Ges. erklärten, nicht mehr theilzunehmen. Hierdurch ist der Plan eines Glühlampenkartells so gut wie gescheitert.

Neue politische Nachrichten. Der 4. deutsche Reichstag in Dresden beschloß, beim Reichstage um die reichsgesetzliche Einführung der Wohnungsinpektion zu petitionieren. — Der bayerische Landtag ist auf den 28. September einberufen worden. — Vom Kriegsgericht der 9. Division in Saarburg wurde der Reserveleutnant Michaeli (im Zivilverhältnis Hamburger Großkaufmann) wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu 7 Tagen Stubenarrest und wegen tätlicher Beleidigung einer Zivilperson zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt. — Das Standrecht ist in mehreren kroatischen Gemeinden des Bezirkes Ludbreg, wo j. Zt. die wildesten Unruhen herrschten, aufgehoben worden. — Dem Bischof Andrieux von Marseille ist wegen seines Hirtenbriefes, der sich gegen die französische Regierung wendete, und wegen der Kundgebungen in der Marceller Kathedrale anlässlich der Anwesenheit des Bischofs Durand, das Gehalt gesperrt worden. — 66 Soldaten des 145. Infanterie-Regiments in Epinal, welche an den Manövern des 7. Korps theilnahmen, sind krank zurückgeschickt worden. — Infolge der Ausschreitungen gegen aus Osteuropa stammende jüdische Arbeiter in Dowlais (Süd Wales), die sich vor einiger Zeit ereigneten, beschloß 70 der davon Betroffenen in einer getrennt abgehaltenen Versammlung, am 14. d. M. nach Kanada auszuwandern. — Das Parlament ist nunmehr, wie auch zu erwarten war, infolge der Niederlage des Ministeriums Sprigg aufgelöst worden.

Holland.

Der Kriegszug zu Ende? Die der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet, daß eine Depeche des Gouverneurs in London bestätigt hat, haben sich Panglima Bolim und Radja Kamsals, die beiden Hauptlinge der Aufständigen, die während langer Jahre die Führer des Aufstandes waren, am Sonntag der niederländischen Regierung unterworfen. Damit würde der Krieg gegen die Aufständigen, der den Holländern viel Gut und Blut gekostet hat, nach dreißigjähriger, fast ununterbrochener Dauer endlich sein Ende erreicht haben.

Rumänien.

Die russische Spitzelwirtschaft macht sich auch in Rumänien breit. Wie die „Demoskopische“ erzählt, treiben sich allerdings vielfach russische Spione in Rumänien umher. Sie haben sich dort so sehr, als wären sie zu Hause und haben sich vielfach unter dem Schutze der rumänischen Behörden. Die bulgarischen Zeitungen, besonders die liberale „Rumänische Post“, nennen den russischen Geheimdienst-Offizier Jovanowitsch, der gegenwärtig in Bukarest

lebt, als den, dem die Leitung dieses Spionensystems obliegt. Vor Kurzem wurde in Rumänien ein Russe Namens Anton Prutkin verhaftet, bei dem man „legale“ russische Literatur vorfand, unter anderem auch die „Revolutionsaja Rossija“. Prutkin wurde von einem Manne in Zivil festgehalten, als er in Tulcea (Rumänien) das russische Schiff „Wolgaria“ verließ, und von rumänischen Gendarmen für verhaftet erklärt. Beim Verhör und während der Vernehmung, die die obengenannten revolutionären Schriftsteller zu Tage förderte, war auch der russische Konsul anwesend, und es wurde besonderer Werth darauf gelegt zu konstatieren, ob der Verhaftete „Mitglied einer revolutionären Organisation“ sei. Die rumänischen Behörden zeigten sich über die Person des Verhafteten so wohl informiert, daß die Information zweifellos nur durch die Vermittelung der russischen Spione geschehen sein konnte. Besonders auffallend war es, daß Angaben vorgebracht wurden, die nur aus seinem Heimathsorte (Barna, Rußland) herkommen konnten. Dank der Intervention eines rumänischen Advokaten, der das Ungesetzliche dieses Vorgehens nachwies, wurde schließlich Prutkin freigelassen, jedoch aufgefordert, das rumänische Gebiet binnen zwei Tagen zu verlassen.

Serbien.

Die Verschwörung gegen die Mörder. Einem Telegramm aus Belgrad zufolge ist König Peter mit seiner Familie am Sonntag von der Reise ins Innere des Landes nach Belgrad zurückgekehrt. Die vorzeitige Rückkehr des Königs nach der Hauptstadt wird mit „unliebsamen“ Vorgängen in Zusammenhang gebracht, die sich in Nisch ereignet haben sollen. Man spricht sogar von einem Attentat, das in Nisch gegen den König verübt worden sei. Als der König im offenen Wagen sein Palais verließ, soll sein Wagen mit Steinen bombardiert worden sein. In der Nähe des Palais seien aus einem Hause Revolvergeschosse abgeseuert worden, die aber nicht trafen. Der König sei durch einen Steinwurf an der Wange verletzt worden. Einer Meldung der Wiener „N. Fr. Presse“ aus Semlin zufolge wollen die an der Aktion gegen die Königsmörder beteiligten Offiziere unbefürchtet um den Ausgang der Nischer Untersuchung auf Ausstoßung der kompromittierten Offiziere bestehen. Unter den Offizieren wird ein Aufruf verbreitet, in dem sie offen aufgefordert werden, ihre unwürdigen Kameraden über die Klinge springen zu lassen. Auf eine Anfrage des Kriegsministers langten von sämtlichen Divisionären Antworten ein, wonach die Bewegung gegen die Königsmörder überall um sich greife. Wie der „Narodni List“ meldet, erzwangen am Sonntagabend die Offiziere in Nisch, daß ihre verhafteten Kameraden aus dem Arrest in ihre Wohnungen geleitet wurden, wo sie gegen das Ehrenwort, sich nicht zu entfernen, verbleiben können. Um der Armee einen Beweis seines Wohlwollens zu geben, will der König den Kronprinzen an dessen Geburtstag in die Armee einreihen lassen. Der Infant wird Infanterist.

Balkan.

Der Aufstand in Mazedonien. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Sofia gemeldet: Die türkischen Truppen nahmen den Aufständischen das große luzzowalachische Dorf Klisura im Bezirke Castoria ab und zerstörten elf bulgarische Dörfer. Da der türkische Truppenkommandant von dem griechischen Bischof von Castoria begleitet wird, setzt man voraus, daß mit den türkischen Truppen auch griechische Freischaren operieren. In der Ebene von Florina steht alles in Flammen.

Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck.

Lübeck, den 7. September 1903.

1. St. Der Vorsitzende, Genosse Schwarz, eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet Großje den Bericht der Revisoren. Nach demselben ist alles in bester Ordnung befunden worden. Auf Antrag Großjes wird dem Landesvertrauensmann Decharge ertheilt. Lorenz-Hamburg befürwortet, den 4. Tagesordnungspunkt „Agitation und Organisation“ mit dem dritten Punkt „Situationsbericht“ zu verknüpfen. Die Delegierten stimmen diesem Vorschlage zu. Ein Antrag Lüth-Hamburg, den 4. Punkt in einer nichtöffentlichen Sitzung zu beraten, wird von diesem zurückgezogen, nachdem Bartels sich dagegen gewandt hat.

Nunmehr erhält Genosse Bartels das Wort zu seinem Vortrage über „Agitation und Organisation“. Medner will sich kurz fassen, um der Diskussion freiesten Raum zu gewähren. Im 3. Kreis sei eine absolute Mehrheit erzielt worden, im 2. Kreis dagegen habe unsere Stimmenzahl prozentual abgenommen. Im 1. Kreis sei erfreulicherweise eine Zunahme von 36 Prozent zu verzeichnen. Trotz Sicherung des Wahlheimnisses sei dieses in argster Weise verlegt worden. Da sei es notwendig, daß hier eine Aenderung eintrete. Medner unterbreitet einen Antrag, nach welchem die Reichstagsfraktion beauftragt wird, für eine Vergrößerung der Wahlbezirke auf dem Lande einzutreten, falls man eine Aenderung des Reichstagswahlgesetzes vornehmen wolle. Ferner habe die Reichstagsfraktion auf eine Ausrückung des mecklenburgischen Sonntagsgesetzes während der Wahlzeit hinzuwirken. Medner begründet den letzten Antrag und richtet außerdem an die Delegierten die Mahnung, schon heute an eine energische Bearbeitung der Orte, an denen sich eine größere Anzahl Genossen befindet, heranzugehen. Das Rückgrat der Landarbeiterschaft müsse gestärkt werden. Auch sei es notwendig, daß sich die Kandidaten mit den einschlägigen Reichsverhältnissen Mecklenburgs vertraut machen würden. Gerade in denjenigen Orten, wo Reichsauskünfte ertheilt worden seien, hätten wir große Erfolge erzielt. Deshalb beauftragt Medner, den Kandidaten und Kreisvertrauensleuten auf Kosten der Partei die notwendigen Gesetzbücher, welche die mecklenburgischen Arbeitsverhältnisse betreffen, zu liefern. Diese Gegenstände sollen Eigenthum der sozialdemokratischen Partei bleiben. Am Schlusse seiner Ausführungen rügt Medner, daß im 2. Kreise nicht mit der nötigen Sorgfalt gearbeitet worden sei. So habe er einige Tage vor der Stichwahl in Schwerin in einem Lokal Parteigenossen Kartenspielend angetroffen, während die Flugblätter in einigen Ortschaften noch gar nicht zur Vertheilung gelangt waren. Die Genossen trügen selbst die Schuld mit daran, daß der 2. Kreis nicht erobert sei. Kof-Schwerin erklärt die Vorwürfe des Referenten bezüglich des 2. Kreises für berechtigt. Zu den

gestellten Anträgen übergehend, empfiehlt Redner die Bartels'schen Anträge, bittet jedoch, den Rehner Antrag, betr. Herausgabe einer Agitationschrift, abzulehnen. Ferner ist Redner der Meinung, daß die Wahlurnen von Reichs wegen geliefert werden müßten. Der Vorsitzende verliest hierauf eine Depesche aus Husum, in der die Schlesw.-holst. Delegierten ihren Dank aussprechen für das ihnen überhandte Begrüßungsstelegramm. Lorenz-Hamburg: Im 4. Kreise ist ein Mangel an Organisationen vorhanden. Hier muß für Abhilfe gesorgt werden. Auch den Borort Rostock treffe nach mancher Richtung hin eine Schuld, daß nicht gearbeitet worden sei, wie es notwendig gewesen wäre. Es müsse immer mehr das Bestreben der Genossen sein, für Geldmittel zu sorgen. Redner befürwortet, daß in sämtlichen Wahlkreisen Protestmaterial gesammelt werde, damit die Mandatsprüfungskommission einmal alle Stimmzettel aus Mecklenburg einfordere. Das sei unbedingt nötig. Lerau-Deterow erläutert an der Hand mehrerer Fälle die Notwendigkeit, die Kreisvertrauensleute mit den Reichsverhältnissen vertraut zu machen. Ferner streift Redner die Lokalfrage. In vielen Fällen tragen die Genossen selbst die Schuld an dem Lokalmangel. Lüth-Hamburg ergänzt die Ausführungen mehrerer Redner und betont, daß im 7. Kreise seitens der thätigen Genossen mit Hochdruck gearbeitet worden sei. In Mecklenburg sei in Anbetracht aller Umstände bei den Wahlen ein gutes Resultat erzielt worden. Ein Antrag Dittich-Rostock, die Redegelt für Diskussionsredner von 10 auf 15 Min. zu verlängern, wird abgelehnt. Der Vorsitzende verliest sodann ein Glückwunschstelegramm vom Genossen Bauer-Magdeburg. Koff-Schwerin wendet sich gegen den Antrag Doberan, die deutschen Parteitage in Zukunft zu beschließen. Das möge jeder Wahlkreis mit sich selbst abmachen. Redner beschwert sich über die Tätigkeit des Zentralwahlkomitees und rügt ferner, daß Bismar in finanzieller Beziehung seine Schuldbücherei nicht gethan habe. Gressmühl-Rehner beleuchtet die Mängel der Organisation. So habe er fast im ganzen Kreise die Verammlungen selbst leiten müssen. Insgesamt seien 1000 Mark für den 1. Kreis verausgabt worden. Nur 53 Mann ständen ihm zur Agitation zur Verfügung. Den finanziellen Schwierigkeiten sei insofern abzuhelfen, als der Parteivorstand mehr Mittel zur Verfügung stellen müsse. Meyer-Boizenburg hält die Anstellung einer Hilfskraft für den Landesvertrauensmann für dringend notwendig. Redner fragt an, ob zu den Presseversammlungen nicht auch die Genossen, die im Besitz von Parteipartikeln seien, Zutritt erhalten könnten. Grosse-Hamburg hält eine Hebung des Selbstbewußtseins der mecklenburgischen Landarbeiter für notwendig. Das aber könne nur durch Organisation geschehen. Es müsse einmal der Versuch gemacht werden, durch Eingabe an das Ministerium Verammlungen für den Winter freizubekommen. Lehne man das ab, dann hätten wir ein gutes Agitationsmittel. Die Reichstagsfraktion müsse energisch auf Erlass eines Reichsvereinsgesetzes dringen. Faber-Doberan: Doberan habe seinen Kreis selbst bearbeitet und zwar auf eigene Kosten. Auch andere Städte müßten selbst Mittel aufbringen können. Redner vertritt die Doberaner Anträge. Lambert-Güstrow ist der Meinung, daß der Parteivorstand Mecklenburg durch Abgabe von Broschüren unterstützen müsse. Das Zentralwahlkomitee habe seinen Zweck erfüllt. Der Genosse aus Laga berichtet über Unregelmäßigkeiten bei der Wahl. Die Genossen, die da immer sagen, es müsse mehr Geld aufgebracht werden, scheinen die Verhältnisse nicht zu kennen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge dafür sorgen, daß die Einfuhr russischer Arbeiter mehr unterbleibt. Der Beschluß betr. Ausgabe eines politischen Flugblattes, sei nicht innegehalten worden. Redner rügt die Schreibweise eines unserer herausgegebenen Flugblattes. Pauls-Bismar verteidigt, daß Bismar nicht mehr Geld aufgebracht habe. Die Verhältnisse seien dort sehr schlecht. Lurba-Ha-Parchim betont, daß die dortigen Genossen ihre Schuldigkeit gethan hätten. Es seien neue Anknüpfungspunkte gewonnen worden. Es müsse in Mecklenburg mehr mit Flugchriften gearbeitet werden. Koff-Schwerin bemerkt, daß nur Leser der „Volkstztg.“ Zutritt zu den Presseversammlungen hätten. Die Polizeibeamten seien ständig entfernt worden und hämmerten sich jetzt um die geschlossenen Verammlungen nicht mehr. Bismar habe insgesamt nur 379 Mark bei einer Ausgabe von circa 900 Mark aufgebracht. Dr. Herzfeld-Berlin ist mit dem Ausfall der Wahlen in Mecklenburg nicht zufrieden. In den letzten 5 Jahren sei außerhalb der Städte nichts gethan worden. Der 1. Kreis habe den besten Zuwachs zu verzeichnen. In den anderen Kreisen seien ebenfalls Zunahmen, nur im 2. Kreis sei eine Abnahme zu verzeichnen. Redner warnt davor, zu glauben, daß in den nächsten 5 Jahren nur die entfernteste Möglichkeit vorhanden sei, auch nur eines der von Bartels in Vorschlag gebrachten Mittel zu verwirklichen. Es gäbe nur 2 Lager. Da würde der Widerstand gegen uns immer größer werden. Redner ist der Meinung, daß wir in den nächsten 5 Jahren nicht mehr unter dem jetzigen Wahlrecht wählen werden. Wir dürften nicht auf andere Mittel rechnen, sondern seien, um vorwärts zu kommen, nur auf uns ganz allein angewiesen. Dittich-Rostock verteidigt das Zentralwahlkomitee gegen die wider dasselbe erhobenen Angriffe. Redner warnt vor Beschlüssen bezüglich der Anstellung einer Hilfskraft, damit dem Staatsanwalt keine Handhaben zum Einschreiten gegeben würden. Gagen-Waren beschwert sich darüber, daß die ganze Arbeit auf einem Genossen ruhe. Dr. Herzfeld-Berlin empfiehlt, alle Wahlunregelmäßigkeiten zu sammeln und ihm zuzuführen. Durch eine Beipredung im Reichstage würde die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, wie man in Mecklenburg auch trotz Sicherung des Wahlgeheimnisses gewählt habe. Die Anträge auf Entlastung des Landesvertrauensmannes finden die Billigung des Redners. Von einem Landesvertrauensmann hätten wir außer der Wahlzeit gar nichts bemerkt. Die Wahlkreise, mit Ausnahme des fünften Kreises, hätten nicht ihre volle Schuldigkeit gethan. Lüth-Hamburg bezweifelt, daß man uns so bald das bestehende Reichstagswahlrecht rauben wird. In Mecklenburg hätten sich die Genossen nicht genügend mit dem Sozialismus beschäftigt können. Deshalb empfiehlt Redner den Antrag Rehner auf Herausgabe eines Flugblattes. Schwerin hätte seine Unkosten selbst aufbringen müssen, dasselbe treffe auf Bismar zu. Hier möge man sich den 7. Kreis zum Vorbild nehmen. Engelbrecht-Rostock verspricht, in der Folge den Vertrauensleuten die Abrechnungen zuzustellen. In den einzelnen Wahlkreisen mangle es an den erforderlichen Leuten. Der Volkskalender sei ein gutes Agitationsmittel, nur empfehle es sich, denselben zu vergrößern. Lambert-Güstrow: Das betr. Flugblatt sei in Rostock geschrieben. Erdbeer-Rostock kommt auf die Beschwerden des Warner Genossen zurück. Es handelt sich um eine private Angelegenheit. Redner hält die Anträge auf Entlastung des Landesvertrauensmannes für verhängnisvoll und legt den Delegierten ans Herz, sich nach einer jüngeren Kraft umzusehen. Den Antrag Rehner bittet Redner abzulehnen. Wir müßten versuchen, Geld aufzutreiben. Gress-

mühl-Rehner bemerkt, daß im 1. Kreise 850,90 Mk. gesammelt seien. Mehr hätte nicht erreicht werden können. Starosson-Rostock hält es für verkehrt, wenn immer gesagt wird, wir könnten uns hier nicht ordentlich ausdrücken. Ferner zerstreut Redner etwaige Bedenken gegen über der eventuellen Annahme seines Antrages. Es tritt eine Mittagspause bis 4 Uhr ein. Bevor die Delegierten auseinandergehen, macht Starosson die Mittheilung, daß gegen die „Meckl. Volkstztg.“ ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden sei. In der Nachmittagsitzung erhält Genosse Bartels-Lübeck das Schlusswort. Derselbe begrüßt es mit Freude, daß die Diskussion eine äußerst rege gewesen sei. Seine Anträge seien von fast allen Rednern sympathisch aufgenommen worden. Der Kalender biete ein ausgezeichnetes Agitationsmittel. Würden unsere Anträge, falls sie angenommen werden sollten, vom Reichstag aber abgelehnt, dann wäre der moralische Erfolg auf unserer Seite. Redner bittet um Annahme seiner Anträge. Bevor zur Abstimmung über die Anträge geschritten wird, zieht Starosson in seinem und der Doberaner Genossen Namen die Anträge auf Anstellung einer Hilfskraft des Landesvertrauensmannes zurück. Der Antrag Rehner auf Herausgabe einer Agitationschrift wird gleichfalls zurückgezogen. Die Anträge Bartels werden angenommen, desgleichen ein Antrag Grosse, nach welchem die Reichstagsfraktion ersucht wird, auf den Erlass eines Reichsvereinsgesetzes hinzuwirken. Der Antrag Doberan, Besichtigung des Allgemeinen Parteitages, wird abgelehnt. Ueber den Punkt „Unsere Presse“ referirt Dittich-Rostock. Der Abonnentenstand habe sich im laufenden Jahre um ca. 1000 gehoben. Es sind jetzt 5391 Abonnenten vorhanden. Damit ist der alte Stand der „Volkstztg.“, der vor 5 Jahren bei dreimaligem Erscheinen und einem Abonnementspreis von 1,10 Mark pro Quartal vorhanden war, wieder erreicht. Heute erscheint die Zeitung sechsmal und kostet 1,95 Mark. Durch die Erfrankung des Genossen Groth seien Unkosten entstanden, die sonst erspart worden wären. Den 4735 Mark betragenden Einnahmen stehen 4909,38 Mark Ausgaben gegenüber. Es ist demnach ein Defizit von über 1200 Mk. vorhanden. Dasselbe wird jedoch gedeckt durch den Zuschuß der Hamburger Genossen, die bisher jährlich 2000 Mark bewilligt haben. Am besten stände in Bezug auf Abonnentenstand der 5. Kreis, am schlechtesten der 7. Kreis. In den Städten entfallen durchschnittlich auf 100 sozialdemokratische Stimmen 4 Leser. Schönberg dagegen stellte 13 Leser auf je 100 sozialdemokratische Stimmen; diese Stadt ist somit die beste im 7. Kreise. Im 1. Kreise sind mehrere Städte vorhanden, in denen man stolz sein kann auf den Abonnentenstand. Die beste Agitation ist die Hausagitation. Den Antrag Güstrow, betr. Erhöhung der Entschädigung für die Expedienten, bittet Redner an die Pressekonferenz zu verweisen. — Lambert-Güstrow begründet die Güstrower Anträge. Der erste Antrag bezweckt, die städtischen Bekanntmachungen in der „Volkstzeitung“ zu veröffentlichen. Der zweite Antrag will Inseraten, in welchen fragliche Heilmittel empfohlen werden, die Spalten verweigern, während der letzte Antrag, wie oben bemerkt, eine Erhöhung der Expedientenentschädigung bezweckt. Koff-Schwerin wünscht, den ersten Antrag der Redaktion der „Volkstzeitung“ zu überweisen. Der zweite Antrag sei selbstverständlich. Hinsichtlich der Entschädigungsfrage empfiehlt Redner, einen Expedienten sowie Frauen anzustellen. Redner bittet, diesen Antrag abzulehnen. Zum Schluß bringt Redner einige Beschwerden gegen die Redaktion resp. Expedition vor. Lerau-Deterow wendet sich gegen die Güstrower Anträge. Er regt an, in öffentlichen Versammlungen den Werth der Arbeiterpresse zu erläutern. Ferner rügt Redner, daß die Inseratenpreise zu hoch seien. Pauls-Bismar tritt dem Vorredner entgegen. Meyer-Boizenburg bringt eine Beschwerde gegen die Redaktion vor. Starosson erklärt, daß die Redaktion den ersten Antrag der Güstrower Genossen berücksichtigen werde. Ferner geht er kurz auf einzelne Beschwerden gegen die Redaktion ein. Im Schlusswort streift Dittich kurz alle gegen die Zeitung erhobenen Einwände. Bei der Abstimmung werden die Güstrower Anträge 1 und 2 abgelehnt, Antrag 3 wird der Preßkommission überwiesen. Ein Antrag Lerau-Deterow, öffentliche Versammlungen zwecks Abonnentenzuwachs abzuhalten, wurde angenommen. Beim Punkt: „Wahl des Vertrauensmannes“ beantragt Meyer-Boizenburg, die Wahl den Rostocker Genossen zu überlassen. Lorenz-Hamburg wendet sich gegen diesen Antrag. Erdbeer empfiehlt dem Parteitag die Wahl des Genossen Engelbrecht-Rostock zum Landesvertrauensmann. Engelbrecht lehnt die Annahme des Vorschlages ab. Der Antrag Meyer wird abgelehnt. Als Landesvertrauensmann wird darauf Erdbeer-Rostock einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende Schwarg-Lübeck giebt zum Schluß einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen und fordert zur energischen Agitation auf. In seinem Schlusswort ersucht Genosse Erdbeer die Delegierten, die gefassten Beschlüsse nun auch hochzuhalten und dankt ferner den Lübecker Genossen für ihre Gastfreundschaft. Darauf erklärt er den Parteitag mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie kurz vor 6 Uhr für geschlossen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 8. September.

Den Lesern der sogenannten unparteiischen Presse ins Stammbuch! In einem Artikel der „Neuen Zeit“ wird gelegentlich des Verhältnisses der sozialdemokratischen Schriftsteller zur bürgerlichen Presse folgendes Urtheil über die sogenannte parteilose Presse gefällt: „Allein unter den mancherlei Wunderdingern, die der Kapitalismus vollbracht hat, steht nicht in letzter Reihe die sogenannte parteilose oder unparteiische Presse, die Kassalles brandmarrendes Wort, daß die bürgerlichen Preßorgane nur Kapitalanlagen und Geldspekulationen seien, zur höchsten Vollendung gebracht, als wolle sie Bildnerin und Lehrerin des Volkes sein, die, eben deshalb, weil sie selbst auf jedes Rückgrat verzichten, allen Parteirichtungen die offene Aussprache in ihren Spalten gewähren zu wollen erklärt. Diese Presse ist das äußerste Maas von geistiger Gehirns- und Knochenweichung, zu der es der Kapitalismus bisher gebracht hat; sie verzichtet auf jedes Ideal und jedes Prinzip, weil auch das verschwommenste Ideal und das schwächste Prinzip dem schrankenlosen Umtriebe der Geldschlagemaschine noch eine gewisse Fessel anlegt. Wie über diese Presse vom sozialdemokratischen Standpunkt aus zu urtheilen ist, das hat Kassalle schon vor 40 Jahren mit den Worten gesagt:

„Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Cotton fabricieren oder Luche oder auf der Börse spielen. Aber daß man um sich den Gewinn zu wollen alle Brunnen des Volksgeistes vergifte und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenze — es ist das höchste Verbrechen, das ich fassen kann.“

Auf diesem Standpunkte steht die sozialdemokratische Partei auch heute noch. In Tausenden von Arbeiterversammlungen wird jahraus, jahrein vor dieser parteilosen Presse als einem gemeingefährlichsten Auswuchs des Kapitalismus, als einer giftigsten Gegnerin der Arbeiterbewegung gemarnt; Hunderte von Wälen ist es in den Parteiblättern den Arbeitern, nun gar den gewerkschaftlich oder politisch organisierten Arbeitern als eine moralische und politische Blöthe angerechnet worden, wenn sie diese Presse durch ihr Abonnement unterstützen. Und mit vollem Rechte; denn unter allen Klassen der Bevölkerung wird die sogenannte parteilose Presse gerade der Arbeiterklasse am gefährlichsten, weil sie gerade nur in dem verrotteten Sumpfe des Kapitalismus wuchert und wuchern kann, weil sie deshalb trotz der angeblichen Parteilosigkeit immer die kapitalistischen Interessen vertritt, weil sie sich von den ehrlichen Organen der Klassenherrschaft nur dadurch unterscheidet, daß sie den Giftstoff, den diese wenigstens offen verbreiten, so daß sich jeder vor ihm hüten kann, heimlich in die Adern des Volkes gießt.“

Es ist wirklich an der Zeit, daß alle Arbeiter in Stadt und Land das beachten lernen.

Eine ziemlich Portion Dummheit scheinen die „Lübeckischen Anzeigen“ in den spärlichen und sich von Tag zu Tag immer mehr lictenden Reihen ihrer Leser vorauszuzeigen, denn sonst hätten sie nicht jenes lächerliche Geschimpfe gegen uns vom Stapel lassen können, das am Sonntag in der „Polit. Wochenchau“ das Licht der Welt erblickt hat. So bezeichnen sie unsere, den Säcularmenschen vom geschichtlichen Standpunkt aus beleuchtende Notiz als „Wuthausbrüche“, trotzdem sie uns nicht im Entferntesten nachweisen können, daß wir uns auch nur mit einer Silbe mit der Person Bismarcks beschäftigt haben. Sie bestreiten die für jeden, noch nicht an Bismarck'scher leidenden Menschen unbestreitbare Thatsache, daß Bismarck die tiefere Einsicht in das geschichtliche Werden abging. Nun, wie wollen denn die „Lüb. Anz.“ die Gewaltthaten eines Bismarck gegenüber der dem geschichtlichen Werden entsprungenen Arbeiterbewegung bezeichnen? — Uebrigens hätten wir uns gar nicht mit den politischen Tagelöhnern im Adreßhause befaßt, wenn sie nicht die Behauptung aufgestellt hätten, unsere Notiz von der nationalliberalen Theorie und Praxis zeuge von einer geradezu kindlichen Unkenntnis vom technischen Betrieb eines Zeitungswezens.“ Mit dieser Bemerkung will das Amtsblatt seine Leser über die Thatsache hinwegtäuschen, daß es seine Angestellten an dem sogenannten „Ehrentage“ Lübecks hat arbeiten lassen, trotzdem es selbst während der Feierlichkeit Arbeitsruhe propagiert hat. Wir wissen nicht, ob wir die „kindliche Unkenntnis“ der politischen Tagelöhner oder die der Amtsblatt-Leser mehr bewundern sollen. Im Uebrigen gehen wir über die im bekannten Stil gehaltenen Beschimpfungen der „Lüb. Anz.“ mit einem Lächeln zur Tagesordnung über!

Im Sozialdemokratischen Verein hielt gestern Abend Genosse Bartels einen Vortrag über „Das freie Wahlrecht und die diesjährigen Reichstagswahlen in Mecklenburg“. Redner behandelte zunächst die Giebrecht'schen Wahlrechtsveränderungen und erläuterte die Ungerechtigkeiten des jetzigen Wahlrechts. Zum Schluß gab Redner ein ausführliches Bild von den Wahlverhältnissen und den Mangeln im 1. Kreise. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. Nach Erledigung interner Vereins-Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Kronbeeren-Einfuhr nimmt einen großen Umfang an. Vom 1. August bis 5. September sind insgesamt ca. 59000 Stücken dieser gesunden Frucht hier angekommen. Sie mögen sich wohl die diesbezüglichen Zahlen gestalten, wenn erst der von der Brodmuchermehrheit des Reichstags durchgepeitschte Zolltarif in Kraft tritt resp. auf seiner Grundlage wirklich Handelsverträge zu Stande kommen?

Arbeiterriß. Gestern Nachmittag fiel dem auf dem schwedischen Damier „Gustav Wafa“ beschäftigten Fabrikarbeiter Lenz eine volle Kiste auf den Körper. Er trug Quetschungen am Kopf und am Bein davon und wurde mittels Sanitätswagens in seine Wohnung befördert.

Eine arge Messerstecherei fand Sonnabend Nacht unterhalb der Clemenstwierte statt. Ein ahnungslos vorübergehender Schwede wurde von etwa 8-10 Rowdn's überfallen und derart mit Messern und Säulen zugerichtet, daß er in schwer verletztem Zustande in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Als Thäter wurden ein Maurer, ein Heizer und ein Mieter, sämmtlich hier wohnhaft, ermittelt.

Die Gewitter, die Sonnabend und Sonntag über Lübeck und Umgegend hinwegzogen, haben mehr oder weniger in den einzelnen Orten schwere Schäden angerichtet. Unsere gestrige kurze Meldung über das Feuer in Genin in der Scheune des Herrn Schlichting können wir noch dahin ergänzen, daß der Inhalt des Gebäudes vollständig den Flammen zum Opfer gefallen ist. Welcher ungeheure Schaden hierdurch entstanden ist, kann man daraus ermessen, daß die große Scheune bis oben hinauf mit Erntevorräthen gefüllt war. Die Löscharbeiten währten bis 5 Uhr Abends. Zum Glück ist es noch gelungen, das Nebengebäude, das ebenfalls bereits von den Flammen erfaßt war, zu halten. Dennoch sind auch hier etwa 200 Sad-Pafer total verbrannt. Der Gesamtschaden wird auf 50-60000 Mk. geschätzt. In Niendorf i. L. wurden am Sonnabend 11 dem Gutspächter Schwensen gehörige Rüge vom Blitz erschlagen. In Niederbühlau suchte der Blitz das Lokal „Büffauer Schleuse“ heim, zerstörte hier aber nur die Telephonleitungen und verursachte alsdann einen Gardinbrand. Auch aus der näheren Umgegend laufen Fiaksposten ein. So schlug der Blitz in Gleschendorf in den dortigen Kirchturm ein und richtete erheblichen Schaden an. Nach einer Lauenburger Meldung zündete der Blitz Sonnabend in benachbarten Krusendorf. Sechs große Bauernhäuser wurden in Raub der Flammen. Ueber die Gewitterschäden in der weiteren Umgegend berichten wir unter „Kleine Chronik“.

In muthwilliger Weise wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag die neue Spiegelscheibe beim Schlossermeister Rittscher in der Postenstraße beschädigt. Der frivole Thäter ist noch nicht ermittelt.

Zusammenstellung der Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben im verfloffenen Monat. Es gingen ein an Einkommensteuer 486 839,72 Mk., Eisenbahnsteuer 19 969,96 Mark, Erbschaftsteuer 3 476,34 Mk., Veräußerungsabgabe 14 460,98 Mk., Stempelabgaben 7 840,50 Mk., Schiffsabgaben 43 272,98 Mk., zusammen 575 860,48 Mk., gegen 433 677,56 Mark im gleichen Monat des Vorjahres, mithin beträgt das Mehr 137 182,92 Mk. Vom 1. April bis Ende August

Bericht

über die

parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

14. Oktober 1902 bis 30. April 1903.

(Schluß.)

Die Verhandlung der Petitionen

gab unserer Fraktion Gelegenheit auf den Inhalt der Initiativanträge einzugehen, die sich auf des Vereins- und Versammlungsrecht und den Schutz der Arbeiterinnen beziehen. Mehrere Fraktionsmitglieder beleuchteten vielfache polizeiliche und gerichtliche Mißhandlungen des Vereins- und Versammlungsrechts, soweit dies von Arbeitern ausgeübt wird, legten die völlige Unzulänglichkeit der partikularrechtlichen Gesetzesvorschriften und besonders die Notwendigkeit dar, den weiblichen Teil der Bevölkerung gegen die Vorenthaltung des Vereins- und Versammlungsrechts seitens partikularrechtlicher Gesetzgebung und Rechtsauslegung durch ein Reichsgesetz zu schützen. Die Petition wurde in ihrem vollen Umfange dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Im Auftrage einer größeren Anzahl öffentlicher Frauenversammlungen hatte Genossin Baader eine Reihe von Forderungen, die auf Erweiterung der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen abzielen, in einer dem Reichstag aufgestellten Petition überreicht. Die Forderungen gingen auf: 1. absolutes Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen, 2. Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind, 3. Einführung des gesetzlichen Achtstundentags für Arbeiterinnen, 4. Freigabe des Sonnabend-Nachmittags für Arbeiterinnen, 5. Aufrechterhaltung der gesetzlich festgelegten Schutzzeit für erwerbstätige Schwangere und Wöchnerinnen von vier Wochen vor bis sechs Wochen nach der Niederkunft, Befreiung der Ausnahmebewilligungen zu früherer Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, Erhöhung des Krankengeldes für Schwangere, bezüglich Wöchnerinnen auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagelohns, 6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie, 7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, 8. Sicherstellung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen und 9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten. Von unserer Seite wurde beauftragt, die gesammelte Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen und diese Forderung lebhafte vertreten. Es gelang aber nur durchzusetzen, daß die ersten acht Punkte dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen wurden: über die neunte Forderung beschloß der Reichstag Uebergang zur Tagesordnung. Eine Petition des deutschen Textilarbeiterverbandes von christlichen Gewerkschaften zu Eupen verlangte: die Ausdehnung der Mittagspause auf 1 1/2 Stunden, das Verbot des Aufsichtswalts in den Betriebsräumen der Fabrik während der Mittagspause, die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse, die obligatorische Einführung von Arbeiterkammern, die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages ausschließlich der Frauen sowie das gänzliche Verbot der Nachtarbeit zwischen Abend 8 Uhr und Morgen 6 Uhr. Die Verhandlungen unserer Fraktionsmitglieder in der Kommission, die gesammelte Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, scheiterten rüchlich der beiden letzten Punkte an dem Widerstand des Zentrum. Die Nähe der Wahl bewirkte, daß das Zentrum unseren Antrag, den es in der Kommission niedergestimmt hatte, im Plenum aufnahm: die gesammelte Petition wurde dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Wahlprüfungen.

Der Reichstag prüft nach Artikel 27 der Verfassung die

Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Die letzte Legislaturperiode beweist von Neuem, wie leicht die Mehrheit des Reichstags und ihr Präsident es mit dieser elementarsten Pflicht einer Selbstverwaltung nehmen. Insbesondere die nationalliberale Partei hat es sich auch in dem letzten Theil der Legislaturperiode nicht nehmen lassen, durch ihren Vorsitzenden Abg. Wassermann, eine schnelle Erledigung der Wahlprüfungen zu hintertreiben.

Der nationalliberale Bergath Prietze war am 12. Juni 1901 bei der durch den Tod des Freiherrn von Stumm erforderlichen Ersatzwahl im Kreise Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim gewählt. Am 30. Januar 1902 beantragte die Wahlprüfungskommission Beweiserhebung über neue Fälle behaupteter Unregelmäßigkeiten. Als es in der Sitzung vom 27. Februar zur Abstimmung kommen sollte, bezweifelte der Abg. Wassermann die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Reichstag befaßte sich am 30. April 1902 mit derselben Wahlprüfung und beschloß Beweiserhebung. Die Akten waren bis zum Schluß des Reichstages (am 30. April 1903) noch nicht an ihn zurückgelangt.

Noch ärger stand es mit der Prüfung der Wahl eines anderen nationalliberalen Abgeordneten, des Abg. Sieg (dritter Wahlkreis des Regierungsbezirks Marienwerder: Graudenz-Strasburg). Sieg war am 16. Juni 1898 mit 24 Stimmen Mehrheit gewählt. Am 7. Dezember 1899 beschloß der Reichstag Beweiserhebungen über die Behauptung verschiedener Unregelmäßigkeiten. Die Kommission beantragte dann unter dem 21. Februar 1901 weitere Beweiserhebungen über die von einem Zeugen eidlich aufgestellte Behauptung, daß der Wahlvorstand nicht richtig besetzt war, da, falls diese Behauptung bestätigt würde, die Wahl des Abg. Sieg zu kassieren sei. Der Reichstag trat dem Antrag am 8. März 1901 bei. Die erneute Beweisaufnahme bestätigte, daß der Wahlvorstand zeitweise nur aus zwei Personen bestanden hatte. Die Wahlprüfungskommission beantragte unter dem 10. Dezember 1901: Ungültigkeitserklärung des Sieg'schen Mandats. In der Reichstagsitzung vom 21. Januar 1902 brachte der Abg. Wassermann scheinbar neues Material vor. Daraufhin wurde beschlossen, die Sache an die Wahlprüfungskommission zurückzuverweisen. Diese schlug dem Reichstage nochmalige Beweiserhebungen vor. Der Reichstag beschloß dementsprechend. Die Beweiserhebung ergab klar, daß der Wahlvorstand nicht ordnungsmäßig besetzt war. Die Kommission beantragte unter dem 29. Januar 1903 abermals Ungültigkeitserklärung. Am 14. März beantragte der Abg. Wassermann die Wahlprüfung Sieg von der Tagesordnung abzusetzen und bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Haus war beschlußunfähig. Der Abg. Sieg, dessen Wahl ungültig war, hat infolge dieser Verhinderung der Wahlprüfung die ganze Legislaturperiode hindurch sein Mandat als Abgeordneter ausgeübt.

Die Wahl des nationalliberalen Abgeordnete Volk (Saarbrücken) wurde am 21. Januar 1902 wegen Wahlbeeinflussungen kassiert. Bei der Ersatzwahl am 25. April 1902 wurde er wiedergewählt. Seine Wahl wurde wieder angefochten wegen Wahlbeeinflussungen. Am 14. März 1903 beschloß der Reichstag Beweiserhebungen.

Der konservative Abgeordnete von Oldenburg wurde als im Kreise Marienburg-Elbingen am 3. April 1902 mit 5 Stimmen Mehrheit gewählter Abgeordneter am 7. April proklamiert. Erst 9 Tage nach der Aufforderung, sich über die Annahme der Wahl zu erklären, ging die Annahmeerklärung des Herrn von Oldenburg beim Landrat ein. Der Landrat veranlaßte entgegen § 34 des Wahlreglements nicht eine neue Wahl, sondern übersendete die Akten dem Reichstage. Bei der erst nach der Zollkampagne vorgenommenen Prüfung ergab sich, daß der Landrat eine Reihe von Stimmzetteln zu Unrecht nicht mitgezählt hatte. Die Mitzählung dieser Stimmzettel ergab, daß von Oldenburg die absolute Mehrheit nicht erhalten hatte. Die Wahlprüfungskommission beantragte einstimmig am 17. Februar 1903 Ungültigkeitserklärung. von Oldenburg legte trotzdem sein

Mandat nicht nieder. Als er sich am 9. Februar im Plenum herausnahm, eine Belehrung über starkes Ehrgefühl des preussischen Offizierskorps zu versuchen, wurde er durch Zwischenrufe und von dem Redner unserer Fraktion daran erinnert, daß es Ehrensache sei, das einstimmig für ungültig erklärte Mandat sofort niederzulegen. Erst als am Abend des 12. März der Bericht der Wahlprüfungskommission über seine Wahl auf die Tagesordnung gesetzt war, legte von Oldenburg sein Mandat nieder.

Ueber die Gültigkeit der Wahl des in der Ersatzwahl vom 18. März 1902 für den Kreis Rastenburg-Gerdauen-Friedland gewählten Abgeordneten Rauter beschloß der Reichstag am 14. März 1903 Beweiserhebung.

Der konservative Abgeordnete Will (Wahlkreis Stolp-Lauenburg) wurde in der Stichwahl am 24. Juni 1898 mit 12 861 gegen 11 377 Stimmen gewählt. Am 1. Mai 1900 beschloß der Reichstag über eine Menge in einem Wahlprotest behaupteter Unregelmäßigkeiten Beweiserhebungen zu veranlassen. Auf Grund dieses Beschlusses wurden 396 Zeugen infortoriell und 757 Zeugen eidlich vernommen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen gelangte am 18. April 1902 an den Reichstag zurück. Unter dem 21. April 1903 beantragte der Referent der Kommission Ungültigkeitserklärung, weil noch der Beweiserhebung 960 konservative Stimmen zu kassieren und die Wahl in 5 Bezirken mit 230 konservativen und 87 liberalen Stimmen als ungültig zu erklären war. Ein anderes Mitglied der Kommission war der Ansicht, daß Will noch immer 40 Stimmen Mehrheit habe und beantragte weitere Beweiserhebungen. Seiner Ansicht schloß sich die Mehrheit der Kommission an. Zur Verhandlung im Plenum gelangte der Bericht nicht mehr.

Demnach hätten 5 Abgeordnete, die bei der Zollkampagne durch Abstimmung für die Kardofferei inhaftnahmen, voraussichtlich ihr Mandat nicht ausüben können, wenn die Mehrheit der Wahlprüfungskommission, deren Vorsitzender der Abg. Dr. Spahn war, die Prüfung der Wahlen vor dem November 1902 vorgenommen und der Präsident oder die Mehrheit des Hauses die Wahlprüfung sofort nach der Richterstattung durch die Kommission zur Verhandlung im Plenum angelegt und bis zum erfolgten Beschluß über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Mandate von einer Beschlußfassung über andere Dinge Abstand genommen hätte.

Schluß.

Der letzte Abschnitt der abgelaufenen Legislaturperiode, über den der Bericht sich verbreitet, hat auch uns noch fernstehenden in sinnfälliger Weise gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien bestrebt sind, die Staatsgewalt in immer unbehüllicher Form den Privatinteressen des Kapitals dienstbar zu machen. Alle Machtmittel, über die der Staatsorganismus und die Gesellschaft verfügt, wollen sie zusammenschaffen, um sie als Ausbeutungsmittel zu Gunsten des Kapitals zu verwenden, und achten bei der Jagd nach diesem Ziel weder Gesetz noch Recht. Dies rüchichtslose Streben der Reichstagsmehrheit hat unsere Aufklärungsarbeit über die Tendenzen der bürgerlichen Gesellschaft, über die Notwendigkeit der Eringung der politischen Macht durch die arbeitenden Klassen und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ungemein erleichtert. Die Fraktion ist den Grundfragen der sozialdemokratischen Partei entsprechend auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens vorgegangen. So mannigfache Gebiete auch die Tätigkeit der Fraktion erloßt hat, auf so vielen Gebieten sie auch anregend, anspornend, positiv thätig vorgegangen ist, niemals hat sie Augenblicke der Halbheit oder der Unklarheit erlebt. Sind von der bürgerlichen Mehrheit kleine Befürerungen auf einzelnen Gebieten hier und da durch jahrelange Kritik und jahrelanges Drängen erreicht — niemals hat die Fraktion darüber einen Zweifel gelassen, daß nicht das Ziel der am weitesten der Arbeiterklasse entgegenkommenden bürgerlichen Sozialpolitik das Ziel der Arbeiterklasse sein kann, nämlich, unter möglichst wenig uner-

Der Bedlar.

Roman aus dem amerikanischen Leben von Otto Kuppis.

14 Fortsetzung.

Das Kaufmännchen von Kleidern ließ Helmsiedt sich umdrehen. Ellen trat eben frisch und lachend wie der junge Morgen aus dem Portico heraus und nickte ihrer Mutter, die zu einem der Frontfenster heraussah, einen Abschiedsgruß zu. Ein blaues Reittkleid saß knapp um den oberen Teil ihres Körpers und ein schwarzes mit einer einzigen Feder geschmücktes Hüthen saß auf ihrem Kopfe; die linke Hand, mit einem feinen Stulpenhandschuh versehen, hielt das Kleid vom Boden und an der rechten hing eine kleine zierliche Reitpistole. „Fertig, Mr. Helmsiedt?“ sagte sie mit demselben klaren Lächeln vom Abend zuvor und sprang leicht auf die kleine erhöhte Plattform, welche zum bequemeren Aufsteigen für reitende Damen neben dem Portico errichtet war. Der junge Mann beugte sich, ihr Pferd vorzuführen, und kaum hatte sie sich zurechtgesetzt, als sie auch schon nach einem kräftigen Schlag mit der Reitgerte davon sprengte. Helmsiedt fand einen Augenblick nachschauend und bewunderte die Sicherheit mit der sie ihr lebhaftes Thier regierte, dann aber schwang er sich selbst in den Sattel und galoppierte nach. Bald ritten beide, ihre Pferde zu ruhigerem Schritte zwingend, auf der Straße nebeneinander her, Ellen mit freier aufgerichtetem Kopfe die Gegend überblickend, Helmsiedt sich mit seinem Pferde beschäftigend. Er hätte gern ein Gespräch angeknüpft, aber ihm waren, als er die schlante Gestalt seiner Begleiterin betrachtete, deren Haltung und Keufers vollkommen ihre Stellung im Leben ausdrückte, Jiacos Bemerkungen vor die Seele getreten und daneben schoß ihm die Erinnerung durch den Kopf. „Dich kann dich auf deinem Ritt nicht begleiten“, hatte Elliot den Abend zuvor gesagt — „so mag's Mr. Helmsiedt thun!“ — Er war im Grunde

doch nur der begleitende Diener, der Unterschied lag nur in der Hautfarbe.

„Sehen Sie dort drüben das weiße Haus? begann jetzt Ellen; „dort wohnt Mrs. Morton, die Sie gestern Abend gesehen; wollen wir den Weg dahin einschlagen, daß wir doch wenigstens ein Ziel haben?“

„Sie haben nur zu befehlen, Miß!“

„Befehlen!“ rief sie, den Kopf rasch nach ihm wendend, „sind Sie immer so feif, Sir? Mir war's, als ich Sie gestern Abend mit dem Vater ankommen sah, als müßte nun ein Leben voll lauter Lust und Unterhaltung losgehen, und nun sprechen Sie kein Wort.“

„Ich wußte wirklich nicht, Miß Elliot, ob Ihnen ein Gespräch angenehm sein würde!“ erwiderte Helmsiedt, dem eine Empfindung das Blut ins Gesicht trieb, er wußte nicht, war's Freude oder Aerger über sich selbst.

„Ich glaube, Sie haben einen ganzen Sack voll New-Yorker keinen Ton nach unserem Hinterwalde mitgebracht!“ rief sie lachend, „was wollen denn zwei Menschen anders thun als sprechen, wenn sie allein mit einander auf der Straße sind? Lassen Sie uns schärfer zureiten, daß wir warm werden, dann wird das Plaudern vielleicht besser gehen!“ und mit einem nedischen Seitenblicke nach ihm trabte sie auch schon von seiner Seite. „Ihr Begleiter ließ seinem Pferde den Jügel und folgte. „Sitzen Sie wohl fest, Sir?“ rief sie mutwillig, als er heran kam, und ließ ihr Pferd in Galopp übergehen; — „die Straße ist wunderbar hübsch eben für ein kurzes Rennen!“

„Versuchen Sie, was ich leisten kann!“ erwiderte er, und dahin sausten die beiden Pferde, Helmsiedt das seinige genau nach der Schenelle des ibrigen regelnd und dann und wann einen Blick in ihr Gesicht werfend, aus dem das lebendige Berggülden strahlte. Sie sprengten eben an einer Waldede in die gänzlich offene Gegend hinaus, als das junge Mädchen ihr Pferd zu plötzlich zügelte, daß Helmsiedt eine kurze Strecke vor ihr vorbeischoß. Umwendend sah er, wie

die ihr schnaufendes Thier zum Stillstand nötigte und scharf nach einem Gegenstande vor ihnen auf der Straße blickte. „Dort kommt der unangenehmste Mensch, den ich nur kenne,“ sagte sie und frich sich das Haar aus dem erhöhnten Gesicht, „er muß uns schon gesehen haben, sonst wendete ich geradewegs wieder um. Bitte, Mr. Helmsiedt, bleiben Sie hart an meiner Seite, damit er mich womöglich gar nicht anspricht.“

Ein Stück von ihnen kam ein Reiter auf sie zu, es waren bekannte Gesichtszüge für Helmsiedt, wenn er auch nicht gleich wußte, wo damit hin, bis ihm plötzlich die Erinnerung den Abend vor seiner Veranlassung in New York vorführte — es war Vater, Seifers damaliger Begleiter. Zu weiteren Gedanken hatte er nicht viel Zeit, denn Ellen ritt bei Vaters Neben hart an die Feldeinzäunung längs des Weges, augenscheinlich um an dieser Stelle keinen Platz neben sich zu lassen, und forderte ihren Begleiter mit einem Blick zum Folgen auf. „Jetzt ist die Zeit zum Plaudern da, Sir,“ sagte sie und bog sich, als wären sie schon jahrelange Bekannte, zu ihm, „ich werde Ihnen erst eine Menge erzählen, wenn auch nicht viel Sinn darin ist; die Hauptsache ist, daß wir gar nicht thun, als bemerkten wir den Mann, und nun geben Sie mir auch eine Antwort, daß die Sache natürlich aussieht.“

„Wohnt der Herr hier in der Nachbarschaft?“ fragte Helmsiedt, der jetzt keiner Erfindung zur Aufnahme des Gesprächs bedurfte, — „ich habe ihn kürzlich in New York gesehen —“

„Ich weiß nichts, als daß er der unangenehmste Mensch ist,“ unterbrach ihn das Mädchen, „und daß meine Mama den schlechten Geschmack hat, ihn lebenswürdig zu finden und mich mit seiner Gesellschaft zu quälen.“

„Guten Morgen, Miß Elliot!“ klang Vaters Stimme, welcher mit seinem Pferde vor dem ibrigen hielt, so daß es zum Stillstand gezwungen war, „ich wollte mir eben das

trüglichen Bedingungen sich ausbeuten zu lassen, sondern, daß ihr Ziel nur die Befreiung von jeder Ausbeutung sein muß. Jedes Zugeständnis muß anspornen, auf dem bisherigen Wege fortzufahren, jede Gewaltthat dazu anzuhalten: die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und der kapitalistischen Baarenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion zu beschleunigen. Die Erreichung dieser Umwandlung ist nur durch den Klassenkampf ihres Zieles und der Notwendigkeit ihres Kampfes bewußter Arbeiter gegen den Kapitalismus möglich. Die Versuche der Gegner, durch Gewaltthaten die Arbeiter einzuschüchtern und durch Verhüllung der Wahrheit oder durch armselige Broden einen Teil der Arbeiter von dem Kampfe dauernd fernzuhalten, prallen schon an der zunehmenden Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ab. Sie legen aber die verdoppelte Verpflichtung jedem Einzelnen auf, die Aufklärungsarbeit den Indifferenten gegenüber vorzunehmen und an seiner Stelle an der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse mitzuwirken. Die Fraktion war sich dieser Verantwortung und Pflicht bewußt und hat den ihr anvertrauten Posten in der frohen Siegeszuversicht ausgefüllt, die das Bewußtsein von der Sicherheit und Notwendigkeit des Sieges der Arbeit über das Kapital verleiht.

Soziales und Parteileben.

Streik und Lohnbewegungen. Der Malerstreik in Grandenz ist durch Vergleich vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts beendet worden. Durch Vermittlung des Vorsitzenden einigten sich die Parteien auf 37 Pfg. Mindestlohn vom 1. Juli 1904 ab bis zum 1. Juli 1906. Bis zum 1. Juli 1904 soll sofort ein Mindestlohn von 30 Pfg. gewährt werden. — Die Differenzen der Tischler in der Fabrik für Eisenbahn- und Militärbedarf in Weimar sind nach Verhandlungen zwischen Ortsverwaltung und Direktorium durch einen Vergleich beigelegt. — Die Dresdener Straßenbahner protestierten in einer Versammlung gegen die Direktoren beider Gesellschaften, die ihre kürzlich gegebenen Versprechungen nicht halten und nach wie vor Angelegenheiten maßregeln.

Bebel veröffentlicht in jenen erschienenen Heft der „Neuen Zeit“ sein „Nachwort zur Vizepräsidentenfrage und Verwandte“ und ferner in der „Leipz. Volksztg.“ zwei vom „Vorwärts“ abgelehnte Erklärungen zur Vizepräsidentenfrage. Traurig aber wahr: die Redaktion unseres Zentralorgans hat versucht, Bebel mundtot zu machen und Kerl und Gerlach haben ihren Segen dazu gegeben. So viel für heute in aller Kürze; im Uebrigen werden wir noch auf die beiden Bebel'schen Publikationen ausführlich zurückkommen.

Der Porzellanarbeiter-Ausstand in Tettau dauert fort. Die Mitteilung, wonach der Kampf beendet sein soll, trifft nicht zu. Am 25. August stand die Angelegenheit so, daß alle Beteiligten annehmen, der Friede sei besiegelt, und auf Grund dieser Annahme wurde die Nachricht von der Beendigung des Kampfes verbreitet. Die Fabrikanten haben aber durch ihr Verhalten das, was alle Welt als selbstverständlich annahm, als Irrtum erwiesen.

Ein Miesenerbetrieb. Der Dresdener Konsumverein „Vorwärts“, der drittgrößte in Deutschland (nach Breslau und Leipzig), welcher 22 800 Mitglieder mit einem Umsatz von 5,75 Millionen Mark zählt, hat für seinen Miesenerbetrieb einen gewaltigen Neubau auf 10 000 Quadratmeter Bodenfläche mit einem Kopfsaumwand von 1 600 000 Mark errichtet und jenen bezogen. Sämtliche Maschinen werden mit Elektrizität betrieben. In dem Bäckereiraum werden von Maschinen wöchentlich 18 000 Stück ausgeformt. Der Verein verkauft wöchentlich 30 Zentner Butter. Da er jährlich 98 000 Stollen backt, müssen die Rollen und Mandeln mittels Maschinen gewaschen werden. In der Kaffeefabrik werden in 20 Minuten 150 Pfund Kaffee geröstet. Der Kochmaschinen in geröstetem Kaffee beläuft sich auf 60 Zentner. Weiter verfügt der Betrieb über 5 Gährungsmaschinen. Eingeliefert ist auch eine Schmelzwerkstatt; alle Maschinen werden elektrisch betrieben. Eine Schmelzwärmturbine bildet die Bäckerei des Vereins. Der Bäckereiraum ist ein lichter, hoher Saal. An der einen Wand liegen die Zellen zu den 7 Doppelöfen, die je zweimal 49 Brode zu 4 Pfund ausbacken. In der Backstube werden bereits 1300 Zentner Brot gebacken, sobald der Betrieb erst vor drei Wochen eröffnet wurde. Die Dafen werden mit Dampf geheizt.

Der Betrieb geht mit dreifachigem Arbeitswechsel Tag und Nacht. Für die Arbeiter ist in umfassender Weise gesorgt. Sie haben große, helle Umkleide- und Speiseräume, die mit Speisenwärme- und Kaffeekochapparaten ausgerüstet sind. Ferner besitzt jedes Geschloß Wasserlosetts und Waberäume. Um die Bäder gegen Erkältung zu schützen, ist das Treppenhause geheizt. Zu erwähnen bleibt noch, daß das Lagerhaus eigene Eisenbahngleise besitzt, auf denen die Eisenbahnfrachtgüter direkt angefahren werden. Das Personal des Vereins zählt 5 Vorstandsmitglieder, 10 Buchhalter, 2 Ugristen, 2 Maschinisten, 27 Arbeiterinnen, 1 Bademeister, 30 Bäcker, 175 Verkäuferinnen und 30 Verkäufer. Alle Arbeiter erhalten die von den Gewerkschaften geforderten Löhne und Arbeitsbedingungen.

Gegen den Reichstagsabgeordneten Fritz Kunnert ist in Halle wegen Verleumdung des deutschen ostasiatischen Expeditionskorps Anklage erhoben worden. Die Verleumdung soll erfolgt sein in einer während der Reichstagswahl in Bollberg abgehaltenen Wähler-Versammlung.

Aus Nah und Fern.

„Zur Probe“ erhängt. Ueber einen 15jährigen Hirten, der sich „zur Probe“ erhängt hat, wird der „Allensf. Ztg.“ aus Dorothow geschrieben: Der 15jährige Hirt des Birtches M. in Mauden bei Dorothow erhängte zuerst einen Hund an einem Baum und versuchte dann selbst das Hängen, ohne jedoch die Absicht zu haben, Selbstmord zu begehen. Der Versuch mißglückte jedoch und der Knabe mußte sein Späthchen mit dem Leben bezahlen. Zwei Knaben, welche der That zusahen, waren noch zu unerschrocken, um dem Bauernwerthen Hilfe bringen zu können.

Ein Sittenlehrer. Von der Strafkammer zu Brieg in Schlesien wurde der jetzt zu Neustadt (Ober-Schlesien) amtierende 35jährige Pfarrvikar Max Klau aus Peßernitz wegen Vergehens gegen § 183 des St. G. B. (Öffentliches Vergerniß durch unzüchtige Handlungen) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urtheilsbegründung wurde bemerkt, daß die That des Angeklagten hart an den Thatbestand des § 176 III (Unzüchtige Handlungen an Kindern unter 14 Jahren) streife. Auf Ehrverlust sei nicht erkannt worden, um dem Angeklagten nicht seine Zukunft zu nehmen.

Immer dieselbe Geschichte! Aus Koblenz wird der „Volksztg.“ über eine Verhandlung des Oberkriegsgerichts des 8. Armeebezirks vom 3. d. M. berichtet: In der heutigen Sitzung erschien der Unteroffizier Dammbrück der 3. Eskadron Kürassier Regiments Nr. 8, dem vom Kriegsgericht der 15. Division wegen fortgesetzter Mißhandlung, vorchriftswidriger Behandlung und Verleumdung des Kürassiers Knein zu 6 Wochen 2 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Der Gerichtsherr hat Verurteilung erhoben, weil das Kriegsgericht den Angeklagten von der Beschuldigung des thätlichen Angriffs auf einen Wachposten zu Unrecht freigesprochen habe. Vom November 1902 bis Mai 1903 hat der Angeklagte dem Kürassier Knein wüthentlich mindestens einmal den Stoß mit der Hand vor die Brust und Tritte ins Gesicht versetzt, ihn dreifach geschimpft und bemerkt, er (Knein) gehöre in die Arbeiterabteilung. Im Januar stand Knein auf Kasernenwache, als Unteroffizier Dammbrück an ihm vorbeikam, ihm einen Stoß versetzte, so daß Knein einen Schritt zurücktrat. Der Angeklagte stellt die Sache so dar, daß er lediglich im Spaf den K., den er gar nicht als Wachposten erkannt habe, mit der Hand an das Kinn gefaßt habe. Dabei hat er ihn „Dammers Schwein“ genannt. Das Urtheil lautete: Der Angeklagte wird unter Aufhebung des ersten Urtheils wegen fortgesetzter Mißhandlung vorchriftswidriger Behandlung Untergeordneter sowie thätlichen Angriffs auf einen Wachposten zu zwei Jahren 1 Tag Gefängnis und Degradation verurteilt.

Verurtheilt auf Grund eines kurzschäftigen Mandats vom 14. Juni 1859. Eine Reichsgerichtskorrespondenz berichtet: Wegen fahrlässiger Tödtung und unbefugten Führens von Waffen ist vom Landgericht Weiden der 1886 geborene Fabrikarbeiter H. Heinzig zu Niedererzmitz zu 4 Monaten Gefängnis und 15 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Am 19. Oktober 1902 führte er ohne obrigkeitliche Genehmigung einen Revolver mit Munition auf dem Heimwege von Kirchberg bei sich und ebenso in der Folgezeit bis zum 9. November. An letztem Tage beschloß er sich im Walde bei Niedererzmitz eine Feilsang damit, nach den Bäumen zu schießen. Er merkte dann, daß der Revolver nicht mehr in Ordnung war

und bemühte sich, die noch mit zwei Patronen geladene Waffe durch Drehen an der Trommel in Ordnung zu bringen. hielt dabei aus Unachtsamkeit die Mündung zu seinen Genossen hin, die gerade im Gespräch waren und auf ihn achteten. Ein Schuß entlud sich dann und traf den Oberen Unterleib. Obwohl er sofort ins Krankenhaus gebracht wurde, starb er bald darauf. In seiner Revision bestritt der Angeklagte die Gültigkeit des schäftigen Mandats vom 14. Juni 1859 verbunden mit Verurteilung vom 30. November 1855, aus welchen gesetzlichen Bestimmungen die Geldstrafe wegen des unzulässigen Waffentragens entnommen ist. Das Reichsgericht erkaufte auf Verweisung der Revision, da angenommen wurde, daß jene Verordnungen noch heute in Kraft sind. Aus der Zeit um 1859 herum datierten, so viel wir wissen, auch verschiedene kurzschäftige Mandate die Revolververbrechen betreffend. Sind die auch noch in Kraft?

Bürgertafel.

Zu lübedischen Staatsbürgern sind vom Stadt-Landamt angenommen: Kanzlist an der Senatskanzlei Nyr Schmiedegeselle Akt. Arbeiter Bachmann. Lagermeister zu Schlutup. Arbeiter Wannow. Höker Wd. Feuerwehrmann Behrens. Oberfeuerwehrmann Behrens. Unternehmer Braesen. Schuhmacher Bauer. Arbeiter Holz. Arbeiter Brinkmann. Arbeiter Bruderkel. Verfassungsbearbeiter Bauh. Tischlergehilfe Bunge. Fuhrer Meister zu Tramm. Arbeiter Vatersohn. Handlungsgeselle Calm. Hausknecht Cornelius. Gärtner Dabelstein. Käth David zu Krumbek. Zimne polier Dittmar. Schaffner der Lübeck-Büchener Eisenbahn Dorendorf. Schmiedegeselle Engelbrecht. Arbeiter Erdmann zu Krenpelsdorf. Seher Tid. Oberfeuerwehrmann Fod. Feuerwehrmann Fermann. Kaufmann Franc. Formergehilfe Frederik Meiereiverwalter Freitag zu Tramm. Fabrikant F. Maurergeselle Friedrichs. Fuhrer Frost zu Tramm. Schneidemeister Grehn. Bureauangestellter Gilmester. Schuhmacher Haack. Hausmeister Haase. Fabrikant Had zu Tramm. Gastwirth Had zu Tramm. Halthufner Had zu Tramm. Feuerwehrmann Halmich. Feuerwehrmann Harder. Arbeiter Tischlergehilfe Heine. Arbeiter Heine. Schlichtmeister Heine. Schmiedegeselle Heuer. Lagermeister Hinrich. Arbeiter Hinkelmann zu Schlutup. Eisenbahn-Station Assistent Hopfrod. Handlungsgeselle Jahn. Gattermeister Jönsson. Feuerwehrmann Kalbow. Arbeiter Kalkhorst Schlutup. Arbeiter Karstens. Feuerwehrmann Karm. Kanzlist bei der Landes-Verkehrsanstalt der Hansestädte Kelling. Arbeiter Koch. Händler Krafom zu Salu. Feuerwehrmann Kahlmann. Schmiedegeselle Kahlmann. Arbeiter Lau. Kupferschmiedegeselle Lehmann. Schloßgehilfe Maack. Oberlehrer an der Baugewerkschule W. Arbeiter Martens. Buchbindergehilfe Matthias. Versicherungsbeamter Meyer. Feuerwehrmann Meyer. Arbeiter Meyer. Navigations-Schullehrer Meyer. Professor Möll. Feuerwehrmann Moll. Feuerwehrmann Müller. Handlungsgeselle Niejahr. Zimmergeselle Nijs zu Krenpelsdorf. Oberfeuerwehrmann Pögold. Arbeiter Pauz. Tischlergehilfe Peters. Güterexpedient bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn Pfeiffer. Arbeiter Prüss. Arbeiter Prüssmann. Arbeiter Pusbad. Gärtner Quade. Tischlergehilfe Rasmuß. Dachdecker Rausch. Arbeiter Rezel. Schreiner bei der Polizeiamt Klemmer. Arbeiter Redahn zu Schlutup. Schloßgehilfe Roser. Praktischer Arzt Dr. med. Rudolph. Arbeiter Sager zu Genin. Eisenbahnwagenführer Scheel. Buchhalter Schüller. Schmiedegeselle Schmidt. Arbeiter Schmidt. Postsekretär Schmidt. Rutscher Schöder. Versicherungsbeamter Schroeder. Arbeiter Schweim. Buchbinder Sedemund zu Tramm. Buchbinder Seebrecht. Arbeiter Spötter. Schlossergehilfe Stache. Möbelfabrikant Sta. Fischer Steffen zu Schlutup. Navigations-Schullehrer Stein. Professor Stüve. Fuhrer Stüwe zu Tramm. Arbeiter Subebier. Schriftsetzer Thieme. Kolonialwaarenhändler Walter. Schuhmachergeselle Wendelborn zu Travemünde. Feuerwehrmann Westen. Arbeiter Wiende. Barbier von Freizer Wigger. Arbeiter Wille zu Schlutup. Tischlergehilfe Willwater zu Schlutup. Oberfeuerwehrmann Wittfol. Tischlergehilfe Wollin. Lagermeister Wosensig. Vaterwörter Wovwod. Arbeiter Wolf. Tischler Zach. Arbeiter Zung. Dieselben haben am 26. August 1903 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Vergangen machen, Thana in Dollen einen Besuch abzugeben.

„Halt, Sir, Sie haben Mann zu Hause.“ erwiderte das Mädchen, ohne ihn anzublicken, „wollen Sie was mit mir machen?“

„Schmeichelt sich ein halbespinnisches Mädchen an Vater's Seite?“ „Ich wollte eher eben mit Sie gehen, Sir, wenn Sie werden das lieber so höflich sein, ein paar Worte mit mir sprechen?“

„Alles Gerecht begann sich höher zu heben, aber ihrer Entgegnung kam Helmsiedt zuvor.“

„Wollen Sie so freundlich sein, der Dame freien Weg zu geben, die unter meines Schutzes ist? Oder gebeten Sie hier irgend einen Zwang auszuüben?“ sagte er mit hoher Ruhe und trieb sein Pferd einen Schritt weiter vorwärts.

„Dann warf einen Blick auf ihn, als bewachte er ihn erst jetzt.“ „Schmeichelt sich ein halbespinnisches Mädchen an Vater's Seite?“ „Ich wollte eher eben mit Sie gehen, Sir, wenn Sie werden das lieber so höflich sein, ein paar Worte mit mir sprechen?“

„Nein, Sie sind nicht erlauben.“ rief Erler, das Auge auf ihn richtend, mit der Anfügung glühender Stimme. „Sprechen Sie mich mit Genehmigung meiner Eltern, so mögen Sie's auch in ihrer Gegenwart thun — lassen Sie mich vorüber.“

„Halt, Sir, Sie sind noch so jung und haben noch so viele Jahre vor sich.“ „Ich bin in der letzten Zeit oft geübt.“ sagte Vater mit bestimmter Stimme, „ich über den Fuß meines Pferdes hinweg, jetzt aber überlassen Sie das junge Paar.“ — Er wußte nicht, wie wichtig das ist, was ich Ihnen zu sagen habe, aber in Gegenwart eines mit Fremden nicht kann,

vielleicht der Interessen Ihrer eigenen Familie halber nicht sagen darf — zu Haus weichen Sie mir aus.“

„Eben weil ich zu solchen wichtigen Dingen noch zu jung bin.“ rief sie und gab im Aerger ihrem Pferde einen Schlag, daß es sich härmte, Helmsiedt's Pferd bei Seite drängte und auf die Mitte der Straße sprengte; Vater wollte an ihre Seite gelangen, aber Helmsiedt hatte sein Pferd schon dazwischen geschoben. „Halt an, Sir, Sie haben die Meinung der Dame geäußert, kann Sie keinen Schritt weiter, oder ich behandle Sie nicht als Gentleman!“ rief er. Vater zog die Brauen zusammen und maß ihn mit finsterner Miene. „Halt, Sir,“ sagte er, „ich werde des Vergnügens haben, Sie an einem andern Orte zu treffen, vorläufig erbitte ich mir Ihren Namen.“

„Ist mir leid, daß Sie ihn vergessen haben, Sir; Ihr Freund Seifert machte Sie schon einmal damit bekannt. Ich heiße Helmsiedt und wohne jetzt im Hause des Dr. Elliot.“

Vater's Gesicht überzog eine leichte Blässe. „Seifert?“ wiederholte er, „soll es eine neue Verleumdung sein, daß Sie mich mit dem Spitzel zu Fremden machen? Haben Sie mich vielleicht einmal im Riverhause getroffen, obgleich ich mich dessen nicht einmal entsinne, was berechtigt Sie, den Menschen zu einem Fremden zu zählen?“

Helmsiedt's Augen wurden größer. „Allo ist er doch hier mit Ihnen?“ sagte er nach einem Augenblicke langsam. „Sie haben wohl vergessen, daß Sie Beide New-York mit einander verließen?“ Er ist gewiß, was ich weiß, im Uebrigen sage ich Ihnen zu irgend einer Zeit zu Diensten!“ Damit wandte er sein Pferd und trabte davon, um seine Begleiter einzuholen, welche, ohne die beiden Männer aus den Augen zu lassen, sich bereits ein Stück entfernt hatte. Vater sah ihn mit aufeinander geschlagenen Lippen nach, warf

dann sein Pferd herum und verfolgte seinen früheren Weg weiter.

„War ich doch so froh heute Morgen, und nun muß mir die Begegnung die ganze Laune verderben.“ sagte Erler als Helmsiedt wieder an ihrer Seite ritt, „ich weiß nicht, was sie zu Hause alle an dem Maane finden, Vater, Mutter und selbst Sarah; ich kann's gar nicht ausdrücken, was ich fühle, wenn er nur sein Auge auf mich heftet — bisweilen komme ich mir vor wie eine arme hilflose Fliege, um die eine Spinne anfängt ihre Fäden zu schlingen.“ Sie gah wie in innerem Unmuth ihrem Pferde einen neuen Schlag und galoppierte davon, zügelte es aber bald wieder und ließ ihren Begleiter herankommen. „Nicht wahr, Sie lassen mich nicht aus?“ sagte sie mit einem so zutraulich bittenden Blick in Auge, daß in Helmsiedt's Herzen jedes drückende Gefühl über seine Stellung, das noch zurückgeblieben sein mochte, wie leichter Schnee vor der Sonne zerrann, „ich meine, Sie lachen nicht innerlich über mich, daß ich mich so gegen Sie gegen lasse?“

„Sprechen Sie nur, Miß Elliot, wenn es Sie das drängt.“ erwiderte er, „und denken Sie, Sie hätten einen verschwiegene Bruder neben sich; ich verstehe Ihre Entpfindung gegen den Menschen vollkommen, und wenigstens in einer unbeschreiblichen Abneigung gegen ihn haben Sie in mir einen Bundesgenossen.“

„Haben Sie ihn schon früher gekannt?“ fragte sie leise. „Vater sagt, er sei reich, er solle aus dem Süden des Staates sein; Mutter spricht von seiner Lebenswürdigkeit und“ — sagte sie stehend, während ein hohes Roth ihr Gesicht überzog, „und ich mag gar nicht daran denken, was sie mir das sagen.“ Sie trieb ihr Pferd an, als wolle sie Helmsiedt's Blicken entgehen, der erst nach einer Weile wieder an ihrer Seite ritt. (Fortsetzung folgt.)